**Abdruck der
Satzung
über die Rechtsstellung und Bestellung
der Frauenbeauftragten
der Gemeinde Schellerten
vom 19.12.1994
geändert durch Satzung vom 18.12.1995**

Aufgrund der §§ 5 a und 6 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 22.06.1982 (Nieders. GVBl. S. 229) zuletzt geändert durch das 10. Gesetz zur Änderung der NGO und der Niedersächsischen Landkreisordnung vom 14.06.1993 (Nieders. GVBl. S. 137) hat der Rat der Gemeinde Schellerten in seiner Sitzung am 19.12.1994 folgende Satzung beschlossen:

**§ 1
Rechtsstellung**

Der Rat der Gemeinde Schellerten bestellt eine Frauenbeauftragte. Die Frauenbeauftragte nimmt ihr Amt neben ihrer hauptberuflichen Tätigkeit für die Gemeinde Schellerten wahr. Der Rat kann auch eine ehrenamtlich tätige Frauenbeauftragte bestellen.

Die Frauenbeauftragte kann vom Rat jederzeit ohne Angabe von Gründen mit der Mehrheit nach § 47 Abs. 1 NGO aus diesem Amt abberufen werden. Hat der Rat eine nebenamtlich tätige Frauenbeauftragte bestellt, so endet Ihre Bestellung mit Beendigung ihrer hauptberuflichen Tätigkeit zur Gemeinde Schellerten, ohne daß es eines besonderen Beschlusses bedarf.

**§ 2
Tätigkeit**

Die Tätigkeit der Frauenbeauftragten hat das Ziel, zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Gemeinde Schellerten beizutragen. Zu diesem Zweck wirkt Sie nach Maßgabe der §§ 4 und 5 dieser Satzung an allen Vorhaben, Entscheidungen, Programmen und Maßnahmen mit, die Auswirkungen auf die Gleichberechtigung der Frau und die Anerkennung ihrer gleichwertigen Stellung in der Gesellschaft haben.

Im Rahmen dieser Zielsetzung kann sie Vorhaben und Maßnahmen anregen, die

1. die Arbeitsbedingungen innerhalb der Verwaltung,
2. personelle, wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten des öffentlichen Dienstes der Gemeinde oder
3. Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Gemeindegebiet betreffen.

Sie ist zuständig für die Umsetzung der Vorgaben im Rahmen des Nieders. Gleichstellungsgesetzes (NGG) in der jeweils gültigen Fassung.

Der Rat bestimmt durch Richtlinien, ob und welche weiteren Aufgaben ihr zur Förderung des in Satz 1 genannten Zieles übertragen werden. Die Frauenbeauftragte soll hierzu einen Entwurf vorlegen.

§ 3

Unterstellung, Weisungsgebundenheit

Die Frauenbeauftragte ist in ihrer Tätigkeit als Frauenbeauftragte unmittelbar dem Gemeindedirektor unterstellt, der die Dienstaufsicht über sie ausübt.

Bei der rechtmäßigen Erfüllung ihrer Aufgaben ist sie weisungsunabhängig. Sie unterliegt jedoch den Bindungen an den Haushaltsplan.

§ 4

Verhältnis zu den kommunalen Gremien

Die Frauenbeauftragte kann an allen Sitzungen des Rates, des Verwaltungsausschusses, der Ausschüsse des Rates, der Ausschüsse nach § 53 NGO und der Ortsräte teilnehmen. Sie ist auf ihr Verlangen zum Gegenstand der Verhandlung zu hören und kann verlangen, daß ein bestimmter Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates, des Verwaltungsausschusses, der Fachausschüsse oder des Ortsrates gesetzt wird. Widerspricht sie in Angelegenheiten, die ihren Aufgabenbereich berühren, dem Ergebnis der Vorbereitung eines Beschlusses des Rates durch den Verwaltungsausschuß, so hat der Gemeindedirektor den Rat zu Beginn der Beratung auf den Widerspruch und seine wesentlichen Gründe hinzuweisen. Dies gilt auch für Beschlußvorschläge für den Verwaltungsausschuß, für die Fachausschüsse und die Ortsräte entsprechend.

Die Frauenbeauftragte ist auf Verlangen des Rates verpflichtet, Auskunft über ihre Tätigkeit zu geben; dies gilt nicht für Tätigkeiten, die der Geheimhaltung unterliegen.

§ 5

Beteiligungsrechte

Der Gemeindedirektor hat die Frauenbeauftragte in allen Angelegenheiten, die ihren Aufgabenbereich berühren, insbesondere in Personalangelegenheiten, rechtzeitig zu beteiligen und ihr die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Er hat sicherzustellen, daß Anregungen im Sinne des § 2 Satz 3 in den Geschäftsgang der Verwaltung gelangen. Die Frauenbeauftragte arbeitet mit dem Gemeindedirektor vertrauensvoll zusammen und ist in dem für die sachgerechte Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Umfang berechtigt, Einsicht in die Akten der Gemeindeverwaltung zu nehmen, in Personalakten jedoch nur mit Zustimmung der betroffenen Bediensteten.

§ 6

Öffentlichkeitsarbeit

Die Frauenbeauftragte kann die Öffentlichkeit über Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches unterrichten.

§ 7

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim in Kraft.

Schellerten, den 19. Dezember 1994

Gemeinde Schellerten

gez. Ohlms
Bürgermeister

gez. Wittich
Gemeindedirektor

Veröffentlicht im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim Nr. 56/1994 am 28.12.1994
Änderungssatzung veröffentlicht im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim Nr.
8/1996 am 14.02.1996